

## Seit Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping über die harte Nachwendezeit spricht, kommen erschütternde Geschichten ans Licht. Diese Aufarbeitung aber passt nicht allen. Von Stefan Locke

Das Schweigen dauerte 26 Jahre, und jetzt soll es ausgerechnet an einem schönen Sommersonntag enden. Rund 40 Männer und Frauen, viele älter als 60 Jahre, sitzen am Vormittag in einer dunklen Produktionshalle auf Holzbänken und hören einer Frau zu, der immer wieder die Stimme versagt. „Heute vor 26 Jahren haben wir das Werkstor besetzt“, sagt Regina Bernstein. „Die Abbau-Brigaden mussten wieder abziehen.“ Nicken im Saal. „Aber am Ende hatten wir keine Chance. Wir sollten vernichtet werden.“ Die Zuhörer werden unruhig. Bernstein schaut kurz von ihrem Zettel auf, dann holt sie zum entscheidenden Satz aus: „Man hat uns damals nicht nur den Betrieb genommen, sondern auch unsere Würde.“ Beifall.

Regina Bernstein ist eine kleine, resolute Frau, die mit einigen Mitstreitern die Reste ihres einstigen Betriebes, des Elektroporzellanwerks Margarethenhütte Großdubrau, bewahrt. Das Werk nördlich von Bautzen war bis 1990 eines der größeren in der Umgebung, 850 Mitarbeiter stellten hier Isolatoren für Hochspannungsleitungen und Bahntrassen her. Zum Teil übermannsgroß stehen die geriffelten Keramik-Kolosse noch wie mahnende Zeitzeugen vor dem einstigen Forschungsgebäude des Betriebs, das heute ein kleines Museum beherbergt. Viele der 40 Ehemaligen sind an diesem Sonntag zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert wieder auf dem Gelände. Es sei gut, dass endlich mal zur Sprache kommt, was hier passiert ist, sagen sie. Aber nicht alle halten das aus. „Die haben uns einfach abgewürgt“, sagt ein Mann, winkt ab und verlässt mitten im Vortrag die Halle, in der früher das Prüffeld des Betriebes war.



**Kritisches Thema:** Petra Köppings Beitrag zur Aufarbeitung der Nachwendezeit kommt nicht überall gut an.

Solche Reaktionen kennt Regina Bernstein schon, und sie kann sie gut verstehen. Vor versammelter Runde erzählt sie, wie schlecht es ihr auch jetzt, nach so vielen Jahren, ging, als sie diesen Tag vorbereitete. „Die ganze Wut, das Gefühl der Ohnmacht und Demütigung kamen in mir wieder hoch, und ich konnte nächtelang nicht schlafen“, sagt sie. „Dabei dachte ich, dass ich das längst überwunden habe.“ Vergeblich habe sie versucht, mehr Mitstreiter für diesen Tag zu gewinnen. ‚Das bringt doch nichts!‘, ‚Damit will ich nie wieder was zu tun haben!‘ und ‚Ich kann nicht, es tut noch immer viel zu weh‘, hätten ihr die Menschen geantwortet. Sie selbst findet jedoch, dass es an der Zeit ist, die Sprachlosigkeit zu überwinden. Das wirke auch erleichternd und befreiend. „Man gewinnt Lebensenergie zurück für wichtige Dinge.“

Bei der Vorbereitung dieses Treffens half ihr indirekt Petra Köpping, sie ist in Sachsen Ministerin für Gleichstellung und Integration. Bernstein hat sie extra eingeladen, aber dass jemand aus der Regierung wirklich zu ihnen kommt, damit haben sie hier nicht gerechnet. Köpping wiederum hat schon Dutzende Termine wie diesen absolviert, sie kommt seit gut einem halben Jahr kaum zu etwas anderem. Mit einer aufsehenerregenden Rede über Verletzungen der Nachwendezeit hat sie im vergangenen Herbst etwas angestoßen, das zu einer Lawine wurde. Immer mehr Menschen melden sich, im Ministerium, in Wahlkreisbüros und in Bürgersprechstunden bei der SPD-Politikerin, und sie schreiben Briefe, laden sie ein, wollen ihre Geschichten erzählen.

Seitdem trifft Köpping Bergleute und Krankenschwestern, deren Rentenbeiträge aus der DDR heute nicht mehr anerkannt werden, sie sitzt mit Künstlern zusammen, die nach der Wiedervereinigung in Existenznot gerieten, spricht mit in der DDR geschiedenen Frauen, die heute vielfach in Altersarmut leben, weil es keinen Versorgungsausgleich gab. In Leipzig erzählen ihr DDR-Eisenbahner, wie ein Werk nach dem anderen im Osten dichtgemacht wurde, nachdem die Bundesbahn übernahm. Noch mehr aber regt sie auf, dass ihre Betriebsrenten, für die sie Beiträge zahlten, „einfach weggewischt“ wurden. Stattdessen verkaufte die Bundesbahn die Filetgrundstücke der Reichsbahn in Ost-Berlin und füllte mit dem Erlös ihre gähnend leere Pensionskasse auf. Das Nachsehen hatten die Ost-Bahner, die keinen Anspruch darauf haben. „Die Renten der West-Bahner werden auch zu unseren Lasten gezahlt“, sagt ein Mitarbeiter und beklagt zugleich, in der mehrheitlich westdeutschen Gewerkschaft keinerlei Unterstützung zu finden.

So fühlen sich viele allein auf weiter Flur, wobei es nicht immer um Geld, sondern auch um Anerkennung und Respekt geht. In Großdubrau setzt sich Köpping zunächst zwischen die Gäste und hört zu. Später geht sie nach vorn und sagt: „Sie denken wahrscheinlich: Was machtse denn jetzt hier?“ Köpping ist in Sachsen aufgewachsen, das ist nicht zu überhören, und es wirkt vertrauensbildend. Sie erzählt, wie sie ihr Amt zu der Zeit antrat, als in Dresden Pegida erstmals auf die Straße ging. Damals hat sie als Ministerin für Gleichstellung und Integration ständig ihren Kopf hinhalten müssen bei Fragen und Vorwürfen, was denn los sei in ihrem Land, was die Leute wollten, warum es so viel Frust und Gewalt auch gegenüber Flüchtlingen gebe, ausgerechnet in Sachsen.



**Pegida-Teilnehmer zu Petra Köpping:** „Integrieren Sie doch erst mal uns!“

„Ich war anfangs auch ratlos“, gesteht Köpping. Dann ging sie auf Pegida-Demos, redete mit Teilnehmern. „Sie immer mit Ihren Flüchtlingen!“, sagten die. Integrieren Sie doch erst mal uns!“ Das habe sie als hart und ungerecht empfunden, sagt die Ministerin, aber sie stellte auch fest: Oft war das nur Oberfläche, oft redeten die meisten nach zwei, drei Sätzen nicht mehr über Flüchtlinge, sondern begannen, ihre eigene Lebensgeschichte zu erzählen, was sie früher geleistet haben, wie sie arbeitslos wurden, sich über Wasser hielten. „Viele Menschen haben den Bruch nach 1989 noch nicht verarbeitet“, sagt Köpping. Sie hegten großes Misstrauen, wie mit ihnen und ihren Betrieben umgegangen, wie ihre Lebensleistung entwertet wurde. „Das überträgt sich bewusst und unbewusst auch auf das demokratische System.“ Davon profitierten Pegida und die AfD. Die Wiedervereinigung wird bis heute als Erfolgsgeschichte erzählt, die sie zweifellos auch ist: Deutschland ist stark und angesehen in der Welt, und wer heute in den Osten des Landes fährt, sieht eine saubere Umwelt, intakte Straßen, herausgeputzte Städte und Dörfer. Aus dem Blick geraten dabei die Menschen, die die Wiedervereinigung aus der Bahn warf. Das sind mehr als landläufig angenommen, und in den wenigsten Fällen sind das diejenigen, die zuvor in der DDR das Sagen hatten. Viele hatten 1989 überbordende Hoffnungen und auch Illusionen über den Westen, doch war die Freude über D-Mark, freie Wahlen und Reisemöglichkeiten sehr schnell durch den Verlust des Arbeitsplatzes, ja des gesamten bisherigen Lebens getrübt oder ganz dahin.

Die 6000 Mitarbeiter des Dresdner Kamerawerks Pentacon etwa erfuhren am Tag der Wiedervereinigung, dass die Treuhand ihren Betrieb liquidiert. Während Deutschlands Zukunft gefeiert wurde, standen sie von heute auf morgen vor dem Nichts. Und das war nur die erste von Hunderten Massenentlassungen, die binnen weniger Monate folgten. Es war eine bis heute beispiellose Deindustrialisierung ganzer Landstriche. „So etwas“, sagt Petra Köpping, „hat es im Westen nie gegeben.“ Die Mitarbeiter in Großdubrau traf es acht Wochen nach der Einheit, am 5. Dezember 1990. An diesem „schwarzen Tag“, wie sie das Datum nennen, wurde ihnen mitgeteilt, dass ihr Werk geschlossen wird. Offizielle Begründung: Es gebe im Westen genug Betriebe, die Isolatoren herstellten. „An diesem Tag hat mich eine Art Lähmung befallen“, erzählt Regina Bernstein. Eine Lähmung, aus der sie erst ein halbes Jahr später wieder aufgewacht sei, als große Lkws durch den Ort fuhren, um Maschinen abzuholen, ihre Maschinen. Die waren noch nagelneu und aus dem Westen, zum Teil umgebaut und angepasst an die Nachfrage im Ostblock. Die Margarethenhütte war technisch auf Weltniveau, sagen sie. Für 135 Millionen Mark hatte die DDR das Werk in den achtziger Jahren modernisiert, auch weil die Hälfte der Produktion in den Westen ging und Devisen brachte. Bis Australien und sogar nach Südafrika hätten sie geliefert, Letzteres heimlich und über die Schweiz, weil im Sozialismus niemand offiziell mit dem Apartheid-Land Geschäfte machte.

Alles in allem hatten sie sich in Großdubrau gute Chancen in der Marktwirtschaft ausgerechnet. „Es herrschte Aufbruchstimmung“, sagt einer der ehemaligen Mitarbeiter und verweist stolz auf die Tradition des Werks, etwa die Lieferung von Isolatoren für die erste Stromfernübertragung 1891 zwischen Lauffen am Neckar und Frankfurt am Main. „Ein Weltereignis“, heißt es dazu im Museum. Und hatte der Betrieb nicht zwei Weltkriege und die Komplett-Demontage durch die Sowjets überstanden? Also schrieben sie Konzepte, planten, künftig auch Dachziegel zu fertigen, um für den Bauboom in den neuen Ländern gerüstet zu sein, vor allem aber, um den Wegfall des Ostmarktes zu kompensieren, der ihre Produkte nicht in Devisen bezahlen konnte.

Und sie wollten natürlich weiter in den Westen liefern. Sie hatten Ideen, und keine Partei konnte sie mehr verhindern. Doch die Treuhand habe in Verbindung mit dem SED-Betriebsleiter all ihre Initiativen abgewürgt. Als Mitarbeiter den Betrieb selbst übernehmen wollten, habe man sie ausgelacht. Sie kämpften, sie protestierten, aber dann standen sie alle auf der Straße – bis auf den Direktor, der bei der West-Konkurrenz unterkam. Dass die schließlich 70 der neuesten Maschinen abholte, konnten sie mit der Besetzung des Werktores nur ein paar Tage lang verhindern. Selbst der Tresor mit geheimen Produktionspapieren und Keramikrezepten wurde mitgenommen.



**Einst:** Die Produktionsstätte in Großdubrau

Der Fall hatte ein Nachspiel im Bundestag, in der Debatte war von 400 neuen Arbeitsplätzen für Großdubrau die Rede, die nie kamen. Stattdessen wurde ein Großteil der Betriebsanlagen gesprengt und die Firma nach 130 Jahren aus dem Handelsregister gelöscht. Geblieben sind die Menschen, deren Welt auf dem Kopf stand und die in der Familie und im Bekanntenkreis meist auf Menschen trafen, denen es genauso ging. Viele schämten sich und zogen sich zurück. Sie hatten zu tun, um über die Runden zu kommen.

In der letzten Reihe steht ein Mann auf, Ende 50, untersetzt, runde Brille. Er zögert, dann erzählt er, wie schon Großvater und Vater hier Arbeit hatten, wie er, Diplomingenieur, das Zukunftskonzept mitentwickelte. „Wir hätten eine Chance gehabt“, ruft er. So aber wurde er arbeitslos. Er hat

drei Kinder, dann wurde auch noch seine Frau entlassen. „Ich habe jeden Job, wirklich jeden Job angenommen, um meine Familie nicht im Stich zu lassen“, sagt er. Hausmeister, Lagerist, Security, zig Umschulungen, aber nie mehr etwas Festes. Sein jüngster Sohn schloss sich Neonazis an, wollte sich an dem System rächen, das den Eltern das antat. Der Vater holte ihn da noch raus, dann brach er zusammen. Klinik, Reha, erwerbsunfähig und bis heute ständig Ärger mit Ämtern. „Das kann niemand wiedergutmachen“, sagt er. „Nur die Erinnerung an die Geborgenheit im Sozialismus und meine Familie haben mir geholfen, das alles zu überstehen.“

Einige wischen sich Tränen weg, aber dann erzählen auch andere. Der einstige Technische Direktor berichtet, wie er solange Kollegen entlassen musste bis er selber dran war. Es folgte eine ABM nach der anderen, nie mehr ein richtiger Job. Er habe sich dann „durchgewurschtelt bis zur Frühverrentung“. Ein Ingenieur erzählt, wie er auf dem Bau landete, bis auch dort nach dem ersten Boom Schluss war, dann ebenfalls: ABM, Vorruhestand. Und so geht es weiter. Andere fingen noch mal ganz neu an, etwa mit Versicherungen. Regina Bernstein machte sich mit einer Töpferei selbständig. Die Jüngeren zogen fort. „Uns fehlt heute in der Gemeinde eine ganze Generation“, sagt der Bürgermeister, der neben der Ministerin sitzt. Er war damals frisch mit der Lehre fertig, als auch sein Betrieb abgewickelt wurde. „Ich kam nach Hause, da saßen meine Eltern, auch gerade entlassen“, sagt er. „So standen wir alle vor den gleichen Problemen.“

Er wolle die DDR nicht zurück, aber „diese Bundesrepublik in vielen Punkten auch nicht haben“, sagt ein älterer Mann. Auf den Westen sind sie hier nicht gut zu sprechen. „Wir sind so ungerecht behandelt worden, aber drüben wollen sie davon nichts wissen“, ruft ein anderer. „Wir waren hier Weltspitze, aber unsere Leistungen wurden für nichtig erklärt.“ Petra Köpping hört sich das alles an, sie kennt vieles aus eigenem Erleben. Nach der Wiedervereinigung fing sie im Außendienst einer Krankenkasse und dann bei einer Bank neu an. Später war sie als Bürgermeisterin einer Gemeinde im Leipziger Land dabei, als die großen Förderbrücken der dortigen Braunkohlentagebaue „feierlich gesprengt“ wurden. Vom Landrat aufwärts feierten Politiker. Hinter Köpping aber standen Tausende Kumpel mit Tränen in den Augen. In der DDR wurden sie verehrt als Helden an der Kohlefront, nun waren sie arbeitslose Umweltzerstörer.



**Heute:** Die Produktionsstätte in Großdubrau

Köpping erzählt auch von Bauern, die damals bei ihr waren, weil Bundesbehörden ihnen Land, das sie in der DDR in Genossenschaften einbringen mussten, nun zum Rückkauf anboten – zum vierfachen Preis –, und wie viel Kraft der Kampf dagegen gekostet habe. Köpping vermeidet Schuldzuweisungen, sagt, dass sie nicht wisse, ob sie als Politikerin damals alles besser gemacht hätte. Aber jetzt sei die Zeit, das Geschehen nach der Wende und das Gefühl, belogen worden zu sein, aufzuarbeiten. Denn dieses Gefühl wächst sich nicht aus, im Gegenteil: Es wird an Kinder und Enkel weitergegeben. Im jüngsten „Sachsen-Monitor“ gaben mehr als ein Viertel der 18- bis 29-Jährigen an, dass die Nachteile der Einheit überwiegen, obwohl sie die DDR nicht mehr bewusst erlebt haben; das war der höchste Wert aller Generationen, weit vor den 60- bis 69-Jährigen.

„Wir müssen den Ursachen nachgehen, warum so viele Menschen so verletzt sind“, sagt Köpping. Zu oft folgten aus damaligen Demütigungen heute Verbitterung, Feindlichkeit, Wut. Die Ministerin hört vor allem zu bei ihren Besuchen, macht keine Versprechungen. Nach langem Ringen ist es ihr gelungen, einen „Gerechtigkeitsfonds“ ins Bundestagswahlprogramm der SPD aufzunehmen. Es ist ein Härtefalltopf für diejenigen, die etwa bei der Rentenüberleitung erhebliche Nachteile erlitten haben. „Natürlich kann damit nicht jedes Unrecht beseitigt werden“, sagt Köpping. „Aber für die Menschen bedeutet der Fonds, dass die Politik Fehler anerkennt und versucht, diese zu heilen.“

Darüber hinaus will sie jetzt auch an die Treuhand-Akten ran. Das schriftliche Erbe der Privatisierung der DDR-Wirtschaft ist bisher unzugänglich, 80 Prozent der „riesigen Bestände“ habe das Bundesfinanzministerium als Verschlussache eingestuft und eine vorzeitige Öffnung abgelehnt. Wohl weniger, weil etwas vertuscht werden soll, sondern vielmehr aus „mangelndem Interesse und Verständnis“, vermutet Köpping. Aufarbeitung aber brauche Informationen, und auch Westdeutsche sollten verstehen, was im Osten passiert ist. Die Menschen seien zu Recht empört darüber, dass bis heute alles, was sie in der DDR geleistet haben, so schlecht wie der Staat gewesen sein soll.



**Genervt:** Michael Kretschmer, CDU-Generalsekretär in Sachsen

Der Deutschlandfunk erinnerte kürzlich an ein vertrauliches Gespräch, das Helmut Kohl und der Historiker Fritz Stern in den neunziger Jahren führten. Stern fragte den Kanzler, welche Fehler er bei der Wiedervereinigung gemacht habe. Kohl zögerte lange, aber sagte dann, dass er es versäumt habe, offen darüber zu reden, dass nicht alles in der DDR falsch war und im Westen nicht alles richtig. Stern, so erzählte er Jahre später, antwortete, dass diese Botschaft jedoch am dringendsten nötig gewesen wäre.

Politisch ist Köppings Initiative nicht unumstritten. Die Linkspartei ist aufgeschreckt durch den Zuspruch für die Ministerin, die in ihrem ureigensten Revier wildert. Die Linke sollte sich nicht scheuen, das Wort „Osten“ wieder häufiger zu nutzen, forderte Sachsens Parteivorsitzender Rico Gebhardt. „Vom Weglassen des Begriffs gehen die tiefgreifenden Unterschiede in Ost und West nicht einfach weg.“ Im Wahlkampf will die Partei um Katja Kipping „gezielt ostdeutsche Benachteiligungen“ zum Thema machen.

Sachsens CDU wiederum ist genervt, dass ausgerechnet eine von der SPD die „Kummertante“ gibt und damit auch noch so viel Zuspruch bekommt. Köpping wecke falsche Hoffnungen und suggeriere, die Menschen hätten nur eine Ost-Macke, sagt Generalsekretär Michael Kretschmer. „Statt negative Stimmung zu verbreiten, sollten wir lieber sagen: Wir haben viel erreicht, und es ist heute besser als in der DDR.“ Ministerpräsident Stanislaw Tillich soll gar versucht haben, Köpping das Thema zu entziehen. Sie aber beharrt darauf. „Ich bin für Demokratieförderung zuständig, und ich nehme meinen Job ernst“, sagt sie. „Ich habe mir das Thema nicht ausgesucht, es ist zu mir

gekommen. Aber jetzt gebe ich keine Ruhe. Ihr fragt, warum der Osten so tickt, wie er tickt. Wenn ihr das wissen wollt, müssen wir diese Geschichten aufarbeiten.“

Dieser Artikel kommt aus F.A.Z. PLUS, der neuen digitalen Zeitung.  
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH  
Hellerhofstraße 2-4  
60327 Frankfurt am Main

Tel.: 0049 (0)69 7591-0  
E-Mail: [Info@faz.net](mailto:Info@faz.net)

Handelsregister: HRB 7344  
Amtsgericht Frankfurt am Main USt.-IDNr.: DE 114 232 723  
Steuer-Nr.: 045 227 77055

Geschäftsführer: Thomas Lindner (Vorsitzender), Burkhard Petzold

Herausgegeben von: Werner D'Inka, Jürgen Kaube, Berthold Kohler, Holger Steltzner

Diensteanbieter der Internetseiten <http://www.faz.net> (einschließlich <http://fazarchiv.faz.net>) ist die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH